

Olaf Scholz verliert Vertrauen des Bundestags

Um Neuwahlen möglich zu machen, hat der Bundeskanzler im Parlament die Vertrauensfrage gestellt – mit der Absicht, sie zu verlieren. Es ist nicht das erste Mal, dass dieses Mittel in der Bundesrepublik angewendet wird.

Nach dem Ende der sogenannten **Ampel-Koalition** im November 2024 sind Neuwahlen nötig, darüber sind sich viele Menschen in Deutschland einig. Doch der Bundestag darf sie nicht einfach selbst **veranlassen**. Deshalb hat Bundeskanzler Olaf Scholz am 16. Dezember im Parlament die Vertrauensfrage gestellt. In einer Abstimmung haben die **Abgeordneten** entschieden, dass er die Regierung nicht weiterführen soll. Damit hatte Scholz gerechnet. Jetzt kann er den Bundespräsidenten Frank-Walter Steinmeier um die **Auflösung** des Bundestags bitten. Die Neuwahl ist für den 23. Februar 2025 geplant.

Normalerweise finden Bundestagswahlen alle vier Jahre statt. Neuwahlen sind in Deutschland sehr selten. Sie können aber ein wichtiges demokratisches Mittel sein, um die **Legitimität** und **Handlungsfähigkeit** der Regierung **wiederherzustellen** – zum Beispiel, wenn der Bundeskanzler im Parlament zu wenig Unterstützung hat und deshalb nicht erfolgreich regieren kann. In der Geschichte der Bundesrepublik gab es bisher drei **vorgezogene** Bundestagswahlen.

1972 war es für Bundeskanzler Willy Brandt (SPD) schwierig geworden zu regieren, denn seine Koalition **hatte** im Bundestag keine **Mehrheit** mehr. Wie Scholz stellte Brandt die Vertrauensfrage mit der Absicht, die Abstimmung zu verlieren und so Neuwahlen zu ermöglichen. Das war damals **umstritten**, weil die Vertrauensfrage für diesen Zweck nicht gedacht war. Brandt **hielt** jedoch **an seinem Vorhaben fest**. Bei der **anschließenden** Neuwahl wurde er als Kanzler wiedergewählt.

Auch 1982 wollte Helmut Kohl (CDU) die Vertrauensfrage verlieren, nachdem er durch ein **Misstrauensvotum** zum Kanzler geworden war. Die Neuwahl gewann seine Partei, und er selbst erhielt als Kanzler mehr Legitimität. Ähnliche Absichten hatte 2005 Bundeskanzler Gerhard Schröder: Seine Regierung war nicht sehr beliebt, vor allem wegen starker Veränderungen im Sozialsystem und auf dem Arbeitsmarkt. Er **kam** aber nicht noch einmal **an die Macht**. Bundeskanzlerin wurde **stattdessen** Angela Merkel. Es war der Beginn ihrer 16-jährigen Regierungszeit.

Autor/Autorin: Ralf Bosen, Arwen Dammann

Glossar

Neuwahl, -en (f.) – eine Wahl, die vor dem Ende der Regierungszeit stattfindet

die Vertrauensfrage stellen – als Regierungschef/Regierungschefin das Parlament abstimmen lassen, ob es weiter mit ihm/ihr zusammenarbeiten möchte

Ampel-Koalition (f., nur Singular) – die Bundesregierung (2021-2024) bestehend aus den drei Parteien SPD, Grüne und FDP, die nach den Parteifarben benannt ist

etwas veranlassen – dafür sorgen, dass etwas passiert

Abgeordnete, -n (m./f.) – der Politiker/die Politikerin im Parlament

Auflösung (f., nur Singular) – hier: das Ende der Existenz einer Gruppe

Legitimität (f., nur Singular) – hier: die Tatsache, dass die Menschen etwas ihre Zustimmung geben (z. B. bei einer Wahl)

Handlungsfähigkeit (f., nur Singular) – die Tatsache, dass man etwas machen kann

etwas wiederher|stellen – etwas wieder in den früheren Zustand bringen

vorgezogen – früher als geplant

die Mehrheit haben – hier: so sein, dass eine Partei oder Koalition mehr als 50 Prozent der Abgeordneten im Parlament auf ihrer Seite hat

umstritten – so, dass es verschiedene Meinungen zu etwas gibt

an etwas fest|halten – etwas nicht aufgeben, auch wenn es schwierig ist

Vorhaben, - (n.) – ein Plan; eine Absicht

anschließend – hinterher; danach

Misstrauensvotum (n., nur Singular) – der Parlamentsbeschluss, dass ein Politiker/eine Politikerin sein/ihr Amt verlassen und ersetzt werden muss

an die Macht kommen – die politische Macht in einem Land bekommen

stattdessen – dafür; anstelle von etwas